

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten S. 366 — 367

Nach der sprunghaften Erhöhung im Juli (um rund 200 Mill. S) ging der *Banknotenumlauf* im August wieder um rund 39 Mill. S (von 5.996 Mill. S auf 5.957 Mill. S) zurück. Diese Entwicklung ist um so bemerkenswerter, als die Nationalbank im Berichtsmonat wieder für rund 100 Mill. S Besatzungskosten-Schatzscheine (nach § 2, 1 b der Novelle zum Notenbanküberleitungsgesetz) finanzieren mußte; diese Papiere figurieren damit unter den Aktiven der Nationalbank bereits mit einem Betrage von rund 1.243 Mill. S (gegen nur 305 Mill. S Ende Dezember 1948). Expansiv wirkten ferner die Hereinnahme von Bundesschatzscheinen nach § 27 W. Sch. G. in Höhe von rund 14 Mill. S, das Anwachsen des Devisen- und Valutenbestandes der Nationalbank um rund 14 Millionen S (auf rund 165 Mill. S) und vor allem die Finanzierung von Wechseln im Betrage von rund 143 Mill. S¹⁾. Auf der Passivseite der Bilanz stiegen sowohl die freien Nationalbankguthaben der Kreditinstitute (um rund 92 Mill. S) als auch die freien Guthaben der öffentlichen Stellen (um rund 115 Millionen S). Außerdem liefen rund 102 Mill. S ERP-Erlöse in den Hilfsfonds (zeitweilig gesperrte Guthaben öffentlicher Stellen) ein. Dadurch wurde die Erhöhung der Aktiva (um rund 270 Mill. S) durch die Zunahme der Verbindlichkeiten der Nationalbank (um rund 309 Mill. S) überkompensiert, so daß sich der Notenumlauf um 39 Mill. S verminderte.

Im August wurden von der ECA-Verwaltung abermals 225 Mill. S aus dem Hilfsfonds für Investitionszwecke freigegeben; ebenso wie bei der Freigabe von 300 Mill. S im Mai d. J. ist der zur Verfügung gestellte Betrag teils für die Finanzierung von Vorhaben des außerordentlichen Budgets, teils für Investitionen in der (staatlichen und privaten) Industrie vorgesehen. Technisch erfolgt die Finanzierung der Industrieinvestitionen wieder durch Begebung von Wiederaufbauwechseln, die von der Nationalbank eskontiert werden. Um eine Ausdehnung des Geldvolumens zu vermeiden, soll die For-

¹⁾ Davon rund 94 Mill. S Wiederaufbauwechsel. Bemerkenswert ist der Zuwachs von 49 Mill. S rediskontierter Handelswechsel, der auf eine weitere Einengung der Liquiditätslage der Kreditinstitute schließen läßt.

derung der Nationalbank an den Bundesschatz entsprechend vermindert werden.

Kontenmäßig wurde die im August verfügte Freigabe erst in der ersten Septemberwoche durchgeführt. Die gleichzeitige Abbuchung von der Bundesschuld bezog sich sowohl auf die letzte als auch auf die bereits im Mai erfolgte Freigabe. Da jedoch nur 197 Mill. S abgebucht wurden, verbleibt ein aufklärungsbedürftiger Rest von rund 54 Mill. S²⁾. Da die gesamten Freigabebeträge jeweils dem Finanzminister zur Verfügung gestellt werden, liegt die Vermutung nahe, daß ein Teil der zur Abbuchung bestimmten Gelder bereits im Vorgriff für andere Verwendungen verbraucht worden ist.

Bis Ende August hat die ECA-Mission rund 485 Mill. S — einschließlich eines im Jahre 1948 von der Dezemberfreigabe unverbrauchten Restes — für den Wiederaufbau der österreichischen Industrie freigegeben. Die Kreditlenkungscommission hat jedoch darüber hinaus Kredite in Höhe von rund 170 Mill. S bewilligt³⁾. Die Verfügung über ECA-Freigaben im voraus ist zweifellos dann gerechtfertigt, wenn infolge der zögernden Freigabepolitik Stockungen des Investitionsprozesses und vorübergehend Arbeiterentlassungen eintreten würden. Die Vorgriffe auf den Hilfsfonds können allerdings Schwierigkeiten bereiten, wenn sich die ECA-Mission in konkreten Fällen nicht bereit findet, die von der Kreditlenkungscommission geförderten Projekte nachträglich zu sanktionieren, oder wenn einmal der Fonds bei zu starker Ausdehnung des Kreditvolumens zur Sicherung der Währung beansprucht werden müßte⁴⁾.

²⁾ Für Wiederaufbauwechselkredite an die Industrie sind von der Mai-Freigabe rund 131 Mill. S, von der August-Freigabe rund 120 Mill. S, insgesamt also rund 251 Mill. S vorgesehen. Die Abbuchung von der Bundesschuld müßte daher in dieser Höhe vorgenommen werden.

³⁾ Am 19. September wurden weitere 187 Mill. S freigegeben (dritte Freigabe 1949), davon jedoch nur 94 Mill. S für industrielle Wiederaufbaukredite.

⁴⁾ Die bisher von der Kreditlenkungscommission für 1949 bewilligten Kredite weichen nicht nur in der Höhe, sondern auch in Zusammensetzung und Verwendung von den amtlichen Verlautbarungen der ECA-Mission ab. So sind z. B. von dieser bis Anfang September für die eisen-erzeugende Industrie nur 40 Mill. S freigegeben worden, während die Kreditlenkungscommission 107 Mill. S bewilligte.

Die *Einlagen bei den Kreditinstituten* nahmen im Juli erstmalig seit Jahresbeginn ab; der Rückgang um rund 122 Mill. S ist ausschließlich auf saisonbedingt stärkere Abhebungen (rund 133 Millionen S) von den Scheckkonten zurückzuführen. Die Spareinlagen sind weiter um rund 11 Mill. S gestiegen. Vermutlich war der Zugang an Spareinlagen im Juli sogar noch etwas höher (etwa 20 Mill. S)¹⁾.

Auf dem Kapitalmarkt zeigte sich bei den *Aktien* bis Mitte September eine freundlichere Tendenz, die sich im Steigen des Kursindex von 23 Industrieaktien um 2,5% (von 269,9 auf 276,7; März 1938 = 100) ausdrückte. Kursverbesserungen erfolgten insbesondere in der Papierindustrie (11,1%) und in der Bauindustrie (5,5%). Die anderen Zweige wiesen nur geringfügige Änderungen auf. Die kleinen Umsätze gestatten bei kurzfristigen Kursbewegungen keine Schlüsse auf die Ursachen der Höherbewertung.

Nach amtlicher Verlautbarung waren bis Ende August 219 Mill. S *Aufbauanleihe* gezeichnet worden. Davon entfallen rund 128 Mill. S auf Zeichnungen durch Kreditinstitute, der Rest auf Zeichnungen durch öffentliche und halböffentliche Stellen sowie durch Private. Reichsanleihe 1938/II wurde im Nominale von 85 Mill. RM eingeliefert und mit rund 42,5 Mill. S angerechnet. Es wurden also rund 170 Mill. S (78% der gezeichneten Gesamtsumme) Anleihe unter Mitverwendung der Reichsanleihe 1938/II gezeichnet. Die Obergrenze für den Bareingang liegt daher bei rund 175 Mill. S; das Barergebnis dürfte jedoch noch niedriger sein, da zweifellos von den Kreditinstituten auch Bundesschatzscheine verwendet worden sind. Das Sinken des Kurses der Reichsanleihe 1938/II in den letzten Tagen (von 17,25 S per 100 RM Nominale am 6. September auf 15,— S am 16. September) deutet darauf hin, daß das Interesse an der Anleihezeichnung nachzulassen beginnt.

Die *fest verzinslichen Werte* standen in der Berichtsperiode weiterhin unter dem Einfluß der seit Auflegung der neuen Anleihe beobachteten Kurstendenz. Bundesschuldverschreibungen 1947 erreichten am 15. September mit 38,75 S pro 100 S Nominale ihren bisherigen Tiefststand. Der Index der fest verzinslichen Werte (Pfandbriefe, Obligationen) sank bis Mitte September um weitere 2%.

Löhne, Preise, Lebenshaltungskosten

Dazu statistische Übersichten S. 368—370

Durch eine rückwirkende Erhöhung der Textilarbeiterlöhne veränderte sich der Index der *Arbeiter-*

¹⁾ Die Differenz ergibt sich infolge statistischer Korrekturen in den Einlagenständen der Raiffeisenkassen.

nettotariflöhne, der bisher für Juni 1949 mit 412,5, für Juli und August mit 416,5 (April 1945 = 100) berechnet worden war, um einige Punkte. Die Korrektur erhöht die Indexzahl für Juni auf 414,3, für Juli und August auf 418,3. Im September blieben die Löhne unverändert.

Die *Arbeiternettoverdienste* sind im Juli nur noch wenig gestiegen (von 384,0 im Juni auf 384,5; August 1938 = 100), obwohl im Index für Juni nicht alle auf Grund des Preis-Lohn-Abkommens vorgenommenen Lohnerhöhungen erfaßt worden waren²⁾. Unter Berücksichtigung der nunmehr vollständigen Erfassung sind die Verdienste im Juli etwas zurückgegangen.

Die *Preise* waren im August und bis Mitte September *weitgehend stabil*. Dies traf sowohl für die meisten *offiziellen* (noch direkt oder durch Kalkulationsvorschriften geregelt) als auch für die *freien Preise* zu. Selbst sehr reagible Preise änderten sich nur wenig. Der Index für die freien Versteigerungspreise im Wiener Dorotheum sank von Mitte August bis Mitte September von 5,3 auf 5,2 (März 1938 = 1). Da die Nahrungsmittelpreise auf dem Schwarzen Markt von 7,1 auf 6,6 (März 1938 = 1) nachgaben, verringerte sich der Abstand zwischen „schwarzen“ und offiziellen Preisen von 50% im August auf 40% im September (gegen 240% im Jänner 1949).

Diese Preisstabilität dauerte jedoch nur bis ungefähr Mitte September. Seither hat eine Aufwärtsentwicklung verschiedener Preise eingesetzt. Nach vorliegenden Informationen — ein abgerundetes statistisches Bild kann noch nicht gegeben werden — haben infolge Erhöhung der Häutepreise die Leder- und Lederwarenpreise angezogen. (Die Erhöhungen bei Leder bewegen sich zwischen 16 und 45%.) Bei Schuhen ist vor allem in den tieferen Preislagen mit einer Verteuerung zu rechnen. Weitere Preissteigerungen wurden bei Möbeln, Textilien, Holz und verschiedenen Importwaren festgestellt. In Erwartung höherer Preise werden einzelne Waren, wie z. B. Autoreifen, zurückgehalten.

Die Ursachen des neuen — im ganzen noch nicht bedeutenden — Preisauftriebes sind verschiedener Natur. Teilweise wird man es mit den sekundären Auswirkungen des letzten Preis-Lohn-Abkommens zu tun haben. Es war vorauszusehen, daß sich die Verteuerung einzelner Rohmaterialien, Halbfabrikate, Hilfsstoffe und Produktionsmittel

²⁾ Der Index erfaßt die Verdienste, die in der ersten Woche eines Monats ausgezahlt werden; im Juni enthielt er daher auch Arbeitsentgelte, die bereits im Mai verdient, aber erst im Juni ausgezahlt wurden.

erst in einem späteren Zeitpunkt in der Konsumgütersphäre geltend machen wird. Vor allem aber scheint es sich gegenwärtig um psychologische Reaktionen zu handeln, die durch Gerüchte über eine bevorstehende Wechselkursänderung und „Geldentwertung“ ausgelöst wurden. Die Abwertung des Pfundes und von sechsundzwanzig weiteren Währungen hat teilweise alarmierend gewirkt. Auf einzelnen Gebieten dürften aber auch private Preisabreden sowie von den Behörden erwirkte Importerschwernisse nicht ohne Einfluß auf die Preisentwicklung geblieben sein.

Angesichts der anhaltend günstigen Entwicklung der Produktion, der Stabilität der Währung und der befriedigenden Budgetlage, nicht zuletzt aber auch im Hinblick auf die geschwächte Kaufkraft der Bevölkerung ist zu erwarten, daß die jüngsten Preisbewegungen sehr bald wieder abebben werden. Nur in jenen Fällen, in denen die Preise bisher künstlich unter dem Gleichgewichtspreis gehalten und nunmehr freigegeben wurden, oder wo sich Angebotsmanipulationen erfolgreich behaupten können, werden sich die Preise auf einer höheren Ebene stabilisieren. Im ganzen jedoch werden sich die Preise in absehbarer Zeit wieder der nur beschränkt kaufkräftigen Nachfrage anpassen müssen, gleichgültig, ob dies für alle Produzenten und Händler zu „kostendeckenden“ Preisen möglich sein wird oder nicht.

Eine neue Situation wird allerdings durch die früher oder später doch nicht vermeidbare Rektifizierung des Schillingkurses eintreten. Aber auch dann wird es die Wirtschaftspolitik weitgehend in der Hand haben, den Anpassungs- und Normalisierungsprozeß der Wirtschaft in geordnete Bahnen zu lenken¹⁾.

Interessanterweise war der für eine vierköpfige Wiener Arbeiterfamilie berechnete *Lebenshaltungskostenindex* am Stichtag (15. September) — also vor den jüngsten Preiserhöhungen — gegenüber dem Vormonat um 2,5% (von 504,0²⁾ auf 491,3 (April 1945 = 100) gesunken. Entscheidend hierfür waren saisonbedingte Preisermäßigungen bei Gemüse und Obst sowie die Herabsetzung des Mehlspreises. Diese Verbilligungen wurden nur teilweise durch Preis-

¹⁾ Siehe Einleitung des Monatsberichtes: „Die österreichische Wirtschaft und die internationalen Währungsabwertungen“, S. 345 ff.

²⁾ Auf Grund der nachträglichen Erhöhung des Reinigungsgeldes für Hausbesorger wurde der Lebenshaltungskostenindex rückwirkend ab Juni korrigiert: Juni 508,6 (statt 508,3), Juli 509,1 (508,8), August 504,0 (503,7). Der korrigierte Abstand zum Lohnindex betrug im Juni 22,7 (statt 23,2), Juli 21,7 (22,2), August 20,5 (20,9).

erhöhungen für Eier, Herrenhemden und Küchenmöbel ausgeglichen.

Der Abstand zwischen dem Index der *Netto-tariflöhne* und dem Index der *Lebenshaltungskosten*, der im August 20,5% betragen hatte, ist im September auf 17,5% zurückgegangen.

Ernährung

Dazu statistische Übersichten S. 371

Die Freigabe von Brot, Teigwaren, Weizengrieß, Käse und Seefischen ab 12. September hat den *Umfang der Lebensmittelbewirtschaftung weiter eingeeengt*. Bei Brot und zum Teil auch bei Teigwaren erfolgte praktisch nur die Legalisierung eines seit längerer Zeit schon bestehenden Zustandes, da Brot bereits seit der Aufhebung der Verrechnung von Schwarzbrotmarken für den Einzelhandel (ab 18. Juli 1949) zu den amtlichen Preisen frei verkauft wurde. Bei Weizengrieß und auch bei Käse war dagegen zunächst nur ein stärkerer Rückgang der bisherigen Schwarzmarktpreise eingetreten. Die nunmehr offiziell freigegebenen Nahrungsmittel unterliegen aber auch weiterhin der Preisregelung und müssen zu den amtlichen Preisen angeboten werden.

Verbraucherpreise einzelner freier Nahrungsmittel in Wien

Artikel	Stand offizieller Preis	Mitte September 1949 freier Verkaufspreis S je kg
Tilsiter Käse . . .	14,40	16,— bis 19,—
Schmelzkäse, 125 g	2,21 bis 2,30	2,21 bis 2,40
„ „ 25% . . .	18,77	20,—
Emmentaler . . .	18,30 bis 20,50	22,— bis 24,—
Grieß	2,50	3,60

Bemerkenswert ist, daß Schwarzbrot, Teigwaren und Weizengrieß freigegeben wurden, an der Bewirtschaftung von Mehl und Weißgebäck sowie von Brotgetreide aber festgehalten wird. Bestimmend für diese Maßnahme dürfte die Überlegung gewesen sein, daß die relativ hohen Preise für Teigwaren³⁾ sowie die verhältnismäßig beschränkte Nachfrage nach Weizengrieß eine Verknapfung unwahrscheinlich machen.

Mit der Freigabe eines großen Teiles von Getreideerzeugnissen wurde auch eine *Verbesserung der Qualität des Brotes und Mehles* verfügt. Der Ausmahlungssatz wurde für Weizen von 90% auf 80% und für Roggen von 88% auf 84% herabgesetzt. Gleichzeitig wurden auch die Mehrationen um 100 g

³⁾ Die aus einem Kilogramm Mehl zum Preise von S 1,82 erzeugte Menge Teigwaren (93 dkg) kostet derzeit durchschnittlich S 4,45. Teigwaren sind daher mehr als doppelt so teuer wie Mehl.

auf 550 g wöchentlich für alle Verbrauchergruppen erhöht.

Eine weitere Lockerung der Bewirtschaftung erfolgte ab 12. September durch die *Freigabe der Speisen in Gasthäusern und Werksküchen*. Künftig brauchen in den Gaststätten nur noch Fleischmarken abgegeben zu werden.

Durch die ab 1. September verfügte Freigabe von 20% der aus Ungarn importierten Rinder ist die *Fleischbewirtschaftung erstmalig behördlich durchbrochen* worden. Die im Rahmen des österreichisch-ungarischen Handelsvertrages, im Clearing eingeführten Rinder waren um 70 g je kg Lebendgewicht, d. s. etwa 15%, teurer als die inländischen auf das Kontingent abgelieferten Rinder. Um eine Subventionierung der Importe zu vermeiden und trotzdem die amtlichen Verbraucherpreise nicht erhöhen zu müssen, wurde in der Weise ein Ausweg gefunden, daß man einen Teil der Importware um rund 80% über dem offiziellen Preis verkaufen läßt. Ab 15. September wurde — allerdings vorerst nur für Niederösterreich — auch der freie Verkauf von 20% des inländischen Rind-, Kalb- und Schweinefleisch-anfalles bewilligt. Gleichzeitig wurde auch die Preisbindung für diese Mengen aufgehoben, jedoch empfohlen, die Konsumentenpreise auf dem Niveau der bisherigen offiziellen Preise zu halten und die erhöhten Produzentenpreise aus der Handelsspanne zu decken.

Eine *weitere Lockerung der Bewirtschaftung* steht bevor. Demnächst soll Reis und nach Beginn der diesjährigen Kampagne auch Zucker freigegeben werden. Die Landwirtschaft fordert auch die Aufhebung der Bewirtschaftung von Fleisch, Milch und Butter.

Auf dem *freien Nahrungsmittelmarkt* trat nach einer vorübergehenden Besserung im August wieder eine *Verknappung des Eierangebotes* ein, was vor allem auf das Ausbleiben von Importen in der legerarmen Zeit zurückzuführen ist. In Wien sind die Eierpreise bereits wieder bis auf S 1.40 je Stück gestiegen.

Das *Obst- und Gemüseangebot* auf den Wiener Märkten ging im August über das saisonübliche Ausmaß zurück. Ausschlaggebend hierfür war die starke Verminderung der Einfuhren; die Gemüseeinfuhren sanken gegenüber Juli um rund 18.000 g, d. s. 68%, die Obstanlieferungen aus dem Ausland um rund 5.000 g, d. s. 28%. Trotz dem erhöhten Inlandsangebot an Gemüse (um 5.000 g) und den nahezu gleichgebliebenen inländischen Obstzufuhren zogen daher die Preise von Juli auf August weiter an. (Erst

im September erfolgten größere Anlieferungen und ein stärkerer Preisrückgang.)

In den Sommermonaten (Mai bis August) 1949 wurden nur rund 40% der Obst- und Gemüsemengen des Jahres 1937 auf die Wiener Märkte angeliefert. Während im Jahre 1937 jeder Wiener durchschnittlich 36 kg Gemüse und 21 kg Obst verbrauchte, entfielen in diesem Sommer auf den Kopf der Wiener Bevölkerung nur 14.6 kg Gemüse und 8.6 kg Obst.

Anlieferungen von Obst und Gemüse nach Wien¹⁾

	in g	Gemüse ²⁾	Obst ³⁾
1937 Insgesamt	674.924		389.324
Davon: Inland	572.058		149.681
Ausland	102.866		239.643
1948 Insgesamt	290.048		84.971
Davon: Inland	238.950		44.633
Ausland	51.098		40.338
1949 Insgesamt	251.256		147.684
Davon: Inland	201.162		73.953
Ausland	50.094		73.731

¹⁾ Nach den Wochenberichten des Marktamtes der Stadt Wien.
— ²⁾ Einschließlich Pilze, Zwiebeln und Knoblauch. — ³⁾ Einschließlich Agrumen.

Diese auffallende Unterversorgung kann nicht einfach mit einer schlechten Inlandsproduktion erklärt werden. Diese dürfte sogar nahe an einen guten Vorkriegsdurchschnitt herankommen. Die Ursache liegt vielmehr in der erwähnten starken Einschränkung der Importe, um die vor allem landwirtschaftliche Kreise und „marktregelnde“ Organisationen bemüht waren. Die Versorgung Wiens war auch dadurch geringer, daß das im Wiener Einzugsgebiet aufgekaufte Obst und Gemüse teilweise in die Bundesländer versendet wird; die früher größtenteils durch Importe versorgt wurden.

Zur Aufhebung der Nahrungsmittelbewirtschaftung

Für die Beurteilung einer weiteren Einschränkung der Bewirtschaftung von Nahrungsmitteln sind Vergleiche der gegenwärtigen und der friedensmäßigen Verbrauchsmengen der noch rationierten Güter, weiters die voraussichtliche Versorgungslage in den kommenden Monaten und die Entwicklung der Schwarzmarktpreise der bewirtschafteten Nahrungsmittel aufschlußreich.

Vergleicht man den nach der Haushaltstatistik der Wiener Arbeiterkammer ermittelten Durchschnittsverbrauch einer vierköpfigen Arbeiterfamilie in der Vorkriegszeit mit dem auf Grund der offiziellen Zuteilungen errechneten Verbrauch für September 1949, so ergibt sich, daß gegenwärtig bedeutend mehr Mehl und Weißgebäck als vor dem Kriege konsumiert wird. Auch bei Milch und Zucker ist bereits eine annähernd friedensmäßige Versorgung erreicht.

Während der gesamte Fettverbrauch noch um rund 20% (auf Reinfett umgerechnet) niedriger ist, wird vor allem mehr Margarine (oder Speisefett und Öl), aber auch mehr Butter als im Jahre 1938 verbraucht. Die Fleischrationen erreichen allerdings erst etwa ein Drittel der im Frieden konsumierten Menge. Da jedoch der Verbrauch der Arbeiterhaushalte in der Vorkriegszeit insbesondere bei den relativ teuren Nahrungsmitteln (Butter, Fleisch) zum Teil unter dem Durchschnitt lag, können aus jenem Vergleich allein noch keine Rückschlüsse auf die Zweckmäßigkeit einer Aufhebung der Bewirtschaftung gezogen werden.

Wöchentlicher Nahrungsmittelverbrauch einer vierköpfigen Arbeiterfamilie¹⁾ in Wien

Artikel	April 1938 ²⁾ in Gramm	Sept. 1949 ³⁾ in Gramm	in %
Mehl	1.701	2.400	+ 41,1
Weißgebäck (Semmeln)	1.380	2.700	+ 95,7
Butter	224	312,5	+ 39,5
Margarine, Speisefett, Öl	298	400	+ 34,2
Schmalz ⁴⁾	786	350	- 55,5
Fleisch, Wurst	2.995	1.050	- 64,9
Zucker	1.471	1.280	- 13,0
Vollmilch, Liter	8,76	8,00	- 8,7

¹⁾ Mann (Arbeiter), Frau und 2 Kinder von 9 bzw. 12 Jahren. —
²⁾ Auf Grund der Haushaltstatistik der Wiener Arbeiterkammer. —
³⁾ Auf Grund der Zuteilungen in der 58. Versorgungsperiode (12. September bis 9. Oktober 1949). — ⁴⁾ Einschließlich Speckfösz, umgerechnet auf Schmalz.

Vermutlich werden bereits in nächster Zeit ausreichend Weißgebäck, Mehl und Zucker zur Verfügung stehen. Nach wie vor knapp werden jedoch Milch, Fett und Fleisch bleiben.

Infolge der guten Ernte (schätzungsweise 700.000 bis 800.000 t) und der vorgesehenen Importe im Werte von rund 59 Mill. Dollar (bei der derzeitigen Preislage annähernd 500.000 bis 600.000 t) werden im Wirtschaftsjahr 1949/50 insgesamt rund 1,2 bis 1,4 Mill. t Brotgetreide verfügbar sein. Diese Menge entspricht ungefähr dem Verbrauch an Brotgetreide im Durchschnitt der Jahre 1934 bis 1938; er betrug einschließlich Saatgut und Verfütterung 1 und 1,3 Mill. t.

Die Produktion der österreichischen Zuckerfabriken wird für die diesjährige Kampagne mit rund 70.000 t veranschlagt. Außerdem sind Zuckereinfuhren im Werte von 9,5 Mill. Dollar (beim derzeitigen Preisstand etwa 80.000 t Konsumzucker) vorgesehen. Da darüber hinaus noch im Kompensationswege 25.000 t Zucker aus der CSR eingeführt werden dürften, kann der Bedarf der Konsumenten und der zuckerverarbeitenden Industrie, der ins-

gesamt auf mindestens 170.000 t geschätzt wird, gedeckt werden. Im Durchschnitt der Jahre 1934 bis 1938 wurden in Österreich insgesamt 163.000 t Zucker verbraucht.

Die Versorgung mit Milch und Milchprodukten sowie Fleisch und Schmalz läßt sich mangels verlässlicher Produktionsstatistiken nicht genau überblicken. Nach den Angaben über die Marktleistung an Milch standen den Nichtselbstversorgern im Juli 1949 erst rund 60% der durchschnittlichen Vorkriegsmenge zur Verfügung. Nach Wien wurden erst 50% der Vollmilchmenge von 1937 geliefert. Dagegen erreichte die Butteraufbringung bereits 103% der durchschnittlichen Marktleistung von 1937. Dies ist vor allem auf die teilweise Entrahmung der für den Konsum ausgegebenen Milch zurückzuführen. Die Trinkmilch ist dadurch zwar qualitativ schlechter geworden, ihr Anteil an der gesamten Milchaufbringung ist dagegen nur wenig geringer als 1937. Nach unvollständigen Meldungen entwickelt sich die Milchaufbringung seit Juli günstig. Es ist anzunehmen, daß sich die Versorgung der städtischen Bevölkerung im Herbst weiter verbessern, aber noch keineswegs den Vorkriegsstand erreichen wird.

Entwicklung der Marktleistung an Milch¹⁾

Zeit	Marktleistung insges. ²⁾	Belieferung Wiens mit Vollmilch	Markt- leistung an Butter	Trink- vollmilch- absatz in % der Markt- leistung
	Ø 1937 = 100			
Ø 1937	100,0	100,0	100,0 ³⁾	42,6
Ø 1946	37,5	14,9	75,4	31,7
Ø 1947	33,3	17,6	57,2	42,0
Ø 1948	37,8	24,6	67,8	41,8
1949 I.	42,9	40,8	76,1	43,1
II.	41,9	39,5	73,6	42,0
III.	47,4	44,6	83,9	41,2
IV.	44,6	40,8	75,0	42,8
V.	55,2	48,7	100,7	35,9
VI.	55,7	49,4	99,9	38,0
VII.	57,9	49,2	102,6	40,3

¹⁾ Errechnet nach Angaben des Österreichischen Milch- und Fettwirtschaftsverbandes. — ²⁾ Einschließlich Aufbringung von Rahm und Butter, umgerechnet auf Milch. — ³⁾ Schätzung, einschließlich Export.

Ähnlich ist die Lage auf dem Gebiete der Fleischversorgung. Auf Grund der offiziellen Viehzählungsergebnisse wird der Schweinebestand zu Ende des Jahres rund 70% und der Rinderbestand rund 80% des Vorkriegsstandes betragen. Auch wenn der tatsächliche Bestand höher als angegeben sein dürfte, wird eine friedensmäßige Fleischproduktion erst einige Zeit nach der Bereitstellung ausreichender und vor allem hochwertiger (importierter) Futter-

mittel möglich sein¹⁾. Im Durchschnitt der Jahre 1934 bis 1938 wurden rund 250.000 t Fleisch (ohne Geflügel und Wild) im Inland produziert und rund 50.000 t eingeführt.

Bei der Gegenüberstellung der im laufenden Wirtschaftsjahr voraussichtlich verfügbaren und der im Durchschnitt der letzten Vorkriegsjahre tatsächlich verbrauchten Nahrungsmittelmengen muß allerdings berücksichtigt werden, daß derzeit eine um rund 5% größere Bevölkerung zu ernähren ist und in der Vorkriegszeit der Nahrungsmittelverbrauch infolge der hohen Zahl von Arbeitslosen, die einen geringeren Nahrungsmittelkonsum hatten, vermindert wurde. Die Kürzung der ursprünglich vorgesehenen ERP-Hilfe, von der vermutlich auch die Nahrungsmiteleinfuhren betroffen werden dürften²⁾, könnte wenigstens teilweise durch die sinkenden Preise auf den internationalen Nahrungsmittelmärkten wettgemacht werden.

Die Entwicklung der Preise für die bewirtschafteten Güter auf dem Schwarzen Markt ist für die Wirtschaftspolitik ein guter Orientierungsbefehl. Das weitgehende Zusammenfließen der „schwarzen“ und der behördlich festgesetzten Preise für Mehl und Weißbäck deutet darauf hin, daß die Bewirtschaftung dieser Nahrungsmittel offenbar bereits überflüssig geworden ist³⁾. Dagegen mahnen die noch immer relativ großen, bis zu 100 Prozent gehenden Spannen bei Fleisch, Schmalz und auch Zucker zur Vorsicht.

Offizielle und „schwarze“ Nahrungsmittelpreise in Wien
Stand Mitte August 1949

Artikel	Offizieller Preis S je kg	Schwarzmarktpreis über dem offiziellen Preis in %	
Mehl, weiß . . .	2'—	3'32	+ 66'0
Schmalz	14'—	27'50	+ 96'4
Rindfleisch . . . 9 bis 12'—	25'—	—	+ 138'1
Schweinefleisch .	28'—	30'—	+ 7'1
Zucker	4'17	7'25	+ 73'9

Die Preise dieser noch verhältnismäßig knappen Waren — auch die Milch muß dazu gezählt werden

¹⁾ Siehe auch *Monatsberichte*, XXII. Jg., Nr. 8, August 1949, S. 310.

²⁾ Auf Grund des Import-Programmes für das Jahr 1949/50 war eine ERP-Hilfe (direkte und indirekte zusammen) von 266'7 Mill. Dollar für Österreich vorgesehen, wovon 114'2 Mill. Dollar auf Nahrungsmittel entfallen sollten (siehe Report to the Economic Cooperation Administration on the 1949/50 Programm, Vol. II). Tatsächlich sind nach der durchgeführten Kürzung nur 257'1 Mill. Dollar (einschließlich drawing rights) bewilligt worden, davon rund 80 Mill. Dollar für Nahrungsmittel.

³⁾ Siehe auch *Monatsberichte*, XXII. Jg., Nr. 8, August 1949, Seite 307.

— werden bei einer Lockerung oder Aufhebung der Bewirtschaftung (bei gleichzeitiger Beseitigung der Preisregelung) zunächst anziehen und sich etwa zwischen den bisherigen offiziellen und den Schwarzmarktpreisen stabilisieren. Jene Konsumenten, die bisher mangels Kaufkraft keine „schwarzen“ Käufe tätigen konnten, werden daher mehr als bisher für ihre Ernährung aufwenden müssen.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 371

Das Angebot an Weizen und Roggen war heuer unmittelbar nach der Ernte stärker als in den vergangenen Jahren. Nach der amtlichen Ablieferungstatistik verkauften die Landwirte im Juli und August 1949 rund 47.000 t Brotgetreide, gegen nur 22.500 t im Jahre 1948, 18.000 t im Jahre 1947 und 29.500 t im Jahre 1946. Tatsächlich ist der Unterschied in der *Marktleistung* nicht so groß, weil in den früheren Jahren größere Mengen über den Schwarzen Markt verkauft wurden und dieser Teil naturgemäß statistisch nicht erfaßt werden konnte.

Die Ablieferung von Weizen und Roggen im Juli und August 1946 bis 1949¹⁾

Art	1946	1. Juli bis 31. August		1949
		1947	1948	
		Tonnen		
Weizen	16.673	6.825	10.626	21.247
dav. Kontingent .	16.673	6.825	10.326	.
Überkontingent .	—	—	300	.
Roggen	12.614	11.243	11.795	25.832
dav. Kontingent .	12.614	11.243	11.659	.
Überkontingent .	—	—	136	.
Brotgetreide insges.	29.287	18.068	22.421 ²⁾	47.079

¹⁾ Laut Angaben des Getreidewirtschaftsverbandes (1946 bis 1948) und des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft (1949). —
²⁾ Nach Schätzung des Getreidewirtschaftsverbandes dürften auf Grund von Interimsbescheinigungen außerdem rd. 8.000 t Brotgetreide abgeliefert worden sein; statistisch erfaßt wurde diese Menge erst in den folgenden Monaten.

Das relativ starke Angebot ist vor allem eine Folge der verhältnismäßig sehr guten Ernte; die Brotgetreideernte wird auf 700.000 bis 800.000 t geschätzt, gegen 558.000 t (629.000 t) im Jahre 1948⁴⁾ und 474.000 t im Jahre 1947.

In vielen Fällen legte die geringe Lagerungsfähigkeit des Getreides, das unter den übermäßigen Augustniederschlägen gelitten hatte und teilweise bereits auszuwachsen begann, eine möglichst rasche Verwertung nahe. Auf vielen Bauernhöfen sind auch die Schüttdöden sehr knapp. Zeitweilig war das Angebot an Getreide so groß, daß nur ein Teil über-

⁴⁾ Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft gab die Brotgetreideernte im Jahre 1948 mit 558.000 t an, das Österreichische Statistische Zentralamt (Statistische Nachrichten Nr. 6, 1949) schätzte sie auf 629.000 t.

nommen werden konnte. Die Übernahmsschwierigkeiten waren jedoch nicht — wie mehrfach angenommen wurde — eine Folge unzureichender Verarbeitungs- und Einlagerungskapazitäten¹⁾, sondern des hohen Feuchtigkeitsgehaltes der Körner, der eine gewisse Zurückhaltung der Übernahmsstellen gebot. Außerdem war einige Zeit die Frage, wer die Kosten für die Zwischenlagerung des preisgebundenen Kontingentgetreides tragen sollte, nicht gelöst. Diese Schwierigkeiten wurden dadurch behoben, daß das „nasse“ und „ausgewachsene“ Getreide für die Verschrotung und Fütterung freigegeben wurde und die Kosten für die Zwischenlagerung der Mühlenausgleichsfonds übernahm.

Ungeachtet der saisonbedingten Häufung des Angebotes und der weitgehenden Freigabe des Marktverkehrs unterlag der Preis des Getreides nur relativ geringen Schwankungen. Vor allem dürften die für Brotgetreide fixierten Kontingentpreise und die festen Abgabepreise für das ERP-Futtergetreide stabilisierend gewirkt haben. Das günstige Angebot an Roggen hatte zur Folge, daß selbst Überkontingentmengen nur zum Kontingentpreis verkauft werden konnten. Da der Preis für Überkontingent-Weizen ab Hof (S 90.— bis S 95.—)²⁾ gegenwärtig nur um wenig höher ist als der Kontingentpreis (S 86.50), bereitet die Festsetzung eines einheitlichen Mischpreises für das Mehl aus Kontingent- und Überkontingentgetreide keine Schwierigkeiten. (Im Gegensatz zum Kontingentgetreide haben die Mühlen für Überkontingentgetreide keine Ausgleichsbeiträge an den Mühlenausgleichsfonds zu bezahlen.)

Die Bewirtschaftung des Brotgetreides ist praktisch bereits aufgehoben. Die gute Inlandsernte und ausreichende ERP-Importe haben den Schwarzen Markt liquidiert. Kleie, die infolge der niedrigeren Ausmahlsätze bereits in größeren Mengen und in besserer Qualität anfällt, wurde bereits freigegeben.

Die Grummeternte ist infolge günstiger Witterung nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ gut bis sehr gut. *Kartoffeln* sind großteils gerodet,

¹⁾ Die derzeitigen Mühlenkapazitäten (einschließlich der Lohnmühlen) sind bei Dreischicht-Betrieb für das aus Inlandsaufbringung und Importen stammende Brotgetreide — selbst wenn nur Körner und nicht Mehl importiert würden — um rund 40% zu groß (bei Zweischicht-Betrieb wären sie zu 90% ausgelastet). Die Lagerkapazität der derzeit in österreichischer Verwaltung stehenden großen Getreidesilos beträgt rund 100.000 t.

²⁾ Der Großhandelspreis für Überkontingentweizen (S 105.— je 100 kg) entspricht derzeit ungefähr dem Importpreis von USA-Weizen frei österreichischer Grenze (1 Dollar = 10 S).

die Erntemengen entsprechen gebietsweise allerdings nicht den gehegten Erwartungen. Engerlinge und Feldmäuse verursachten teilweise erhebliche Ertragsausfälle. Auch die *Körnermais*ernte ist nicht ganz befriedigend; bei Schlägen, die erst nach Mitte Mai bestellt wurden, verzögerte das feuchte und kühle Sommerwetter Wachstum und Reife. Der Zustand der *Weintrauben* läßt mengenmäßig eine durchschnittliche Ernte (1 Mill. hl Wein) erwarten. Infolge niedrigeren Zuckergehaltes dürfte der Wein heuer jedoch weniger gut sein als in den letzten Jahren. Den Weinbauern wurde jedoch bereits die Bewilligung erteilt, die Moste aufzuzuckern. In fast allen Gebieten ist die *Obsternte* ausgezeichnet. Das hohe Angebot an Zwetschken und Äpfeln bewirkte relativ niedrige Erzeugerpreise (Zwetschken S 0.80, Äpfel S 0.40 bis 0.60 je kg). Auch *Zuckerrüben* und *Futterrüben* sind vorzüglich gediehen und lassen vorkriegsmäßige Erträge erwarten. Wider Erwarten ist der *Zuckerrübenanbau* stark hinter den Anbauplänen zurückgeblieben. Statt wie vorgesehen 30.000 ha, dürften nur rund 25.000 ha mit Rüben bestellt worden sein. Nach zufriedenstellenden Versuchen besteht die Absicht, künftig auch in der Steiermark Zuckerrüben in größerem Umfange anzubauen. Die Errichtung einer neuen Zuckerfabrik dürfte sich jedoch kaum empfehlen, da die Kapazität der bereits bestehenden industriellen Anlagen selbst bei einer Ausweitung der Anbauflächen auf insgesamt 40.000 ha nicht voll ausgenutzt ist.

Der *Herbstanbau* ist bereits im Gange. Gemäß dem Long-Term-Programm sollen im Jahre 1950 die Anbauflächen für Roggen von 250.000 auf 270.000 ha und für Weizen von 210.000 auf 220.000 ha ausgedehnt werden. Gegenüber dem zehnjährigen Vorkriegsdurchschnitt (1926/35) würde damit mehr Weizen, aber bedeutend weniger Roggen angebaut werden. Bindende Richtlinien für den Herbstanbau wurden jedoch nicht erteilt. Die tatsächlichen Anbauverhältnisse richten sich in erster Linie nach betriebswirtschaftlichen und nach produktions(fruchtfolge)mäßigen Voraussetzungen und sind betriebs- und gebietsweise stark verschieden. Die Abweichungen gegenüber den Vorkriegsverhältnissen sind im allgemeinen geringer, als die Anbaustatistik vermuten läßt.

Die Absicht, den Roggenanbau zugunsten des Weizenanbaues einzuschränken, besteht schon längere Zeit. Zum Teil mag dies in den höheren Preisen des Weizens begründet sein. Teilweise wird aber auch aus arbeitstechnischen Erwägungen, im Zusammenhang mit der verstärkten Technisierung der Ernte-

Der Anbau von Brotgetreide in Österreich¹⁾

Zeit	Weizen	Roggen	Winter- Mengen- getreide	Brot- getreide insgesamt
	Anbaufläche in 1000 ha			
Ø 1926/35	215	382	3	600
1949	210	250	6	466
1950	220	270	6	496
1951	235	300	6	541
1952	250	320	6	576

¹⁾ Nach den Angaben des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft (Long-Term-Programm).

arbeiten, der relativ kurzstrohige und lagerfeste Weizen dem Roggen vorgezogen, obwohl die Ertragssicherheit des letzteren auf mittelmäßigen und minderen Böden höher ist. Diese Entwicklung ist für die Versorgung mit Brotgetreide nicht unproblematisch, wenn der Weizenanbau in steigendem Maße auch auf minder ertragreiche Felder ausgedehnt wird, auf denen Roggen noch sichere, Weizen dagegen nur noch unter günstigen Voraussetzungen befriedigende Erträge liefert.

Für Holz und Holzwaren wurde die Preisregelung nunmehr aufgehoben. Es ist schwer, vorauszu sehen, auf welchem Niveau sich die schon bisher gegenüber den Listenpreisen im Durchschnitt um rund 30% höheren Marktpreise in Zukunft bewegen werden. Die Abwertung der Währungen wichtiger Holzexportländer — wie Finnland und Schweden —, die die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Holzwirtschaft auf den internationalen Märkten fühlbar beeinträchtigen dürfte, lassen eher eine sinkende Preistendenz erwarten. Da jedoch die Holzvorräte dank dem forcierten Holzexport im ersten Halbjahr 1949 nicht groß sind, dürfte der Einfluß, den die Exportpreise auf die Preisgestaltung im Inland haben, erst mit dem neuen Rohholzanfall im Frühjahr 1950 stärker fühlbar werden.

Energiewirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 372—373

Voraussichtlich wird die österreichische Wirtschaft auch in diesem Winter wieder — trotz bedeutenden, bereits mehrere hundert Millionen Schilling betragenden Kapitalinvestitionen in der Energiewirtschaft — unter größerem Strommangel zu leiden haben.

Die tieferen Ursachen der „chronisch“ wiederkehrenden Stromverknappung im Winter liegen in der raschen Zunahme des Strombedarfes und in der strukturellen Unausgeglichenheit der österreichischen Energiewirtschaft. Der Stromverbrauch hat nicht nur während des Krieges, sondern auch seit Beendigung des Krieges von Jahr zu Jahr stark zugenommen; im Jahre 1948 wurde um 49% und im Jahre

1949 (auf Grund des Verbrauches bis einschließlich August) um 60% mehr Strom verbraucht als im Jahre 1946. Erfahrungsgemäß ist eine Wasserkraftwirtschaft nur dann ausgeglichen, wenn die vorhandenen Speicherräume mindestens 20—25% zur gesamten Stromerzeugung beitragen. Die Speicherräume in Österreich liefern gegenwärtig jedoch nur 6% der erzeugten Wasserkraftenergie. Österreichs Energieversorgung krankt heute daran, daß in der Vergangenheit beim Ausbau der Wasserkräfte aus Rentabilitätserwägungen den billigen und relativ rasch herstellbaren Laufwasserwerken zu eindeutig der Vorzug gegeben wurde, und daß nach Beendigung des Krieges, als die leistungsfähigsten kalorischen Anlagen durch Demontagen (die Werke in Simmering und in der Engerthstraße) oder durch Bombenschäden (Hütte Linz) ausgefallen waren — offenbar beeindruckt vom augenblicklichen Kohlenmangel und von der Größe der noch unerschlossenen Wasserkraftreserven — zu lange gezögert wurde, mit dem Bau neuer und der Erweiterung bestehender kalorischer Anlagen zu beginnen.

Die Herstellung einer ausgeglichenen Struktur der Energiewirtschaft, d. h. einer den österreichischen Verhältnissen Rechnung tragenden Proportion zwischen Laufwasser-, Speicher- und kalorischen Werken ist ein Programm, das aus zwingenden technischen und kapitalmäßigen Gründen nicht von einem Jahr auf das andere verwirklicht werden kann. Österreich versucht die bestehenden Schwierigkeiten, die infolge des rasch wachsenden Strombedarfes noch erhöht werden, von zwei Seiten her zu meistern: durch den Ausbau von Speicherwerken — ein Unternehmen, das Jahre beansprucht und mit hohen Kapitalkosten verbunden ist — und durch die zusätzliche Errichtung von kalorischen Anlagen.

Es muß als ein erster großer Erfolg angesehen werden, daß das vollständig außer Betrieb gesetzte Kraftwerk der Hütte Linz bereits wieder instandgesetzt werden konnte und noch in diesem Jahre mit seiner ursprünglichen vollen Leistung von 175.000 kW den Betrieb aufnehmen wird. Nach Überwindung verschiedener Schwierigkeiten ist weiters in St. Andrä bei St. Stefan im Lavanttal, auf der Grundlage der dortigen Braunkohlenvorkommen, mit dem Bau eines Dampfkraftwerkes begonnen worden. Das neue Werk wird eine Leistung von 60.000 kW besitzen und ungefähr in 2½ Jahren zur Schließung der Versorgungslücke im Winter beitragen. Auch in Wien werden die Kapazitäten der bestehenden Dampfkraftanlagen zum Teil bedeutend erweitert. Eine Erhöhung der Stromdarbietung kann hier in ungefähr 1½ Jahren erwartet werden.

Schließlich hat das kalorische Kraftwerk in Voitsberg ein weiteres Dampfturbinenaggregat mit einer Leistung von etwa 20.000 kW bestellt. Gleichzeitig mit dieser Entwicklung auf dem Gebiete der kalorischen Stromerzeugung werden in den nächsten Jahren auch bereits die ersten großen Speicherprojekte Strom liefern. Der Ausbau des Großspeichers in Kaprun ist bereits so weit fortgeschritten, daß mit dem Stau begonnen wurde und mit einer Fertigstellung der Staumauer innerhalb von zwei Jahren gerechnet werden kann.

Diese Investitionen dürften annähernd ausreichen, die gegenwärtig bestehende Lücke in der Energieversorgung während der wasserarmen Wintermonate auszugleichen. Sie werden sich aber erst in einigen Jahren auswirken können.

Für den kommenden Winter wurde ein *neuer Schaltplan* ausgearbeitet, der für die Industrie folgenden Monatsverbrauch vorsieht:

Monatsverbrauch nach	1949/50	1948/49
	Mill. kWh	
Schaltstufe III	126·2	102·8
„ II	106·9	88·4

Entsprechend der Produktionsentwicklung im Laufe dieses Jahres wurden die Kontingente gegenüber dem vergangenen Winter beträchtlich erhöht. Der Schaltplan setzt voraus, daß die Wasserkraftwerke zumindest gleich viel Strom wie im vergangenen Jahr erzeugen, die Dampfkraftwerke ausreichend mit Kohle versorgt werden und keine Betriebsstörungen erfolgen. Bisher haben die kalorischen Werke noch keine größeren Kohlenvorräte angesammelt, da sie, im Gegensatz zum Vorjahr, auch während der Sommermonate erhebliche Strommengen erzeugen mußten.

Die *Stromerzeugung* im August war trotz den großen Regenfällen rückläufig. Die Erzeugung der *Wasserkraftwerke* ging von 375 Mill. kWh im Juli auf 358 Mill. kWh zurück. Wegen der an vielen Orten auftretenden Überschwemmungen mußten, um Schäden zu vermeiden, einige Kraftwerke oft tagelang stillgelegt werden. Die Erzeugung der *Dampfkraftwerke* sank von 34 Mill. kWh auf 30 Mill. kWh. Da im August um rund 20 Mill. kWh Strom weniger als im Juli ausgeführt wurde, war es möglich, den Verbrauch auf 329 Mill. kWh (Juli 323 Mill. kWh) zu steigern. Dieser war damit um rund 10% größer als im gleichen Monat des Vorjahres.

Die *inländische Kohlenförderung* war im August ungeachtet der Urlaubssaison nur um wenig geringer als im Juli. Der inländische Braunkohlenbergbau hat aus der starken Drosselung der Steinkohlenimporte bereits Nutzen gezogen. Nur

kleinere Betriebe klagen noch über Absatzschwierigkeiten. Die Sortenfrage konnte allerdings nicht immer allseits zufriedenstellend gelöst werden. Weitere Absatzsteigerungen, vor allem beim Hausbrand, stoßen auf Schwierigkeiten. Die private Kundschaft konnte sich bisher noch nicht entschließen, sich mit Braunkohle für den Winter zu bevorraten, und hofft, zur gegebenen Zeit Steinkohle oder Koks zu erhalten.

Gewerbliche Produktion

Dazu statistische Übersichten S. 374—378

Die *industrielle Produktion* überschritt im Urlaubsmonat Juli mit einem Index von 128·6 (1937) knapp den bisherigen Rekordstand im Juni (127·9). Nach bisher vorliegenden Teilmeldungen dürfte auch im August keine nennenswerte Abschwächung eingetreten sein. Die in einigen Produktionszweigen — wie z. B. in der Schuhindustrie, die ihre Betriebe in der zweiten Hälfte Juli wegen der Urlaube stillgelegt hatte — eingetretenen Ausfälle wurden durch Produktionssteigerungen in anderen Zweigen ausgeglichen.

Der Index der *Bergbauförderung* ist dank der stark erhöhten Kohlenförderung auf 108·7% (1937 = 100) gestiegen (Juni = 105·77). Dagegen ist die Produktion in einigen anderen Bergbauen infolge der Urlaube zurückgegangen.

Die *Magnesitindustrie* war auch im August gut beschäftigt. Die Förderung von Rohmagnesit erreichte mit 141·9% der Leistung von 1937 den höchsten Stand seit Kriegsende.

Auch in der *eisenschaffenden Industrie* war die Produktion im Juli und August, trotz Urlauben und Großreparaturen, befriedigend. In der Hütte Linz wurde ein zweiter SM-Stahl-ofen fertig, der die Stahlkapazität der Hütte verdoppelt.

Erzeugung der eisenschaffenden Industrie

Zeit	Roheisen	Rohstahl in Tonnen	Walzware
Ø 1937	32.427	54.143	35.604
1949 III	77.644	71.926	44.541
VI	74.148	56.872	40.892
VII	77.296	74.516	42.637
VIII	75.922	69.133	42.766

Die Produktion von *Aluminium* erreichte im Juli mit 2.941 t (883% von 1937) einen neuen Höchststand. Ende August mußte der Stromverbrauch allerdings bereits eingeschränkt werden und im Oktober ist mit der Stilllegung des Betriebes zu rechnen. Trotz der hohen Erzeugung in den Sommermonaten ist Aluminium noch immer knapp, da ein großer Teil der Produktion zur Bezahlung der Tonerde exportiert werden muß.

In der *Fahrzeugindustrie* hielten sich die Leistungen im Juli ungefähr auf der Höhe der letzten Monate. Dagegen wurden im Juli bedeutend mehr Motorräder erzeugt als bisher (1.227 Stück — oder 195% von 1937).

Aus der *Textilindustrie* wurden keine nennenswerten Veränderungen gemeldet. Nur die Lohnarbeit für ausländische Auftraggeber ist in den letzten Monaten stark zurückgegangen. Sie spielt praktisch nur noch in der Baumwollweberei eine Rolle. Bis zum Ende des ersten Marshall-Plan-Jahres ist erst ein Teil der für die Textilindustrie vorgesehenen und freigegebenen Rohstoffe in Österreich eingetroffen. (Baumwolle erst zu ungefähr 60% der bewilligten Menge von 18.800 t.)

Die *Schuhindustrie* hat im Juli nur 259.000 Paar Lederschuhe (Juni 406.000 Paar) erzeugt, da die Betriebe in der zweiten Julihälfte wegen Urlaub geschlossen wurden.

Die *Lederindustrie* klagt über Mangel an Rohhäuten. Die Aufbringung im Inlande stockt, da die Lieferanten mit einer weiteren Preiserhöhung rechnen.

Umsätze

Dazu statistische Übersichten S. 379

Die *Einzelhandelsumsätze* blieben im Berichtsmonat gegenüber Juli nahezu unverändert, obwohl im August saisonüblich eine Abschwächung einzutreten pflegt. Die seit Monaten zu beobachtende größere Kauffreudigkeit — die Konsumgüterumsätze sind in den vergangenen Monaten dauernd gestiegen — scheint durch die kursierenden Gerüchte über eine bevorstehende Wechselkursänderung neu belebt worden zu sein.

Entwicklung der Umsätze Wiener Warenhäuser

Monat	1948 Jänner 1948 = 100	1949 Jänner 1949 = 100
I	100	174
II	86	208
III	137	310
IV	105	344
V	94	419
VI	118	262
VII	164	284
VIII	157	290

Im übrigen hatten sich die Umsätze der einzelnen Branchen im August in gleicher Richtung wie in den Vormonaten entwickelt. Die Tendenz einer Umschichtung der Nachfrage von Textilien und Bekleidung auf Möbel und Hausrat hielt weiter an. In den Warenhäusern blieben die Umsätze in Textilien und Bekleidung unverändert, jene von Möbeln und Hausrat stiegen um 17% („Sonstige

Waren“ um 6%). In den Parfumerie- und Kosmetikgeschäften verdrängt die bewährte Markenware zusehends die verschiedenen Kriegs- und Nachkriegsprodukte. Die anspruchsvoller gewordene Kundschaft wählt wieder sorgfältiger aus und zwingt die Produzenten und Händler zur Verbesserung des Angebotes.

Die im August erzielten Einnahmen aus der *Umsatzsteuer* bestätigen die im letzten Bericht aufgezeigte Umsatzbelebung im Juli. Die Gesamteinnahmen sind gegenüber dem Vormonat nur deshalb nahezu unverändert geblieben, weil im Juli namhafte Nachtragszahlungen eingegangen sind. Auf Grund der Eingänge aus dem Bundeszuschlag darf geschlossen werden, daß die Umsätze — sofern nicht auch im August Nachtragszahlungen erfolgt sind — um etwa 30% gestiegen sind.

Die Eingänge aus den *Verbrauchssteuern* waren im August um 32% höher als im Vormonat, vor allem dank der günstigen Entwicklung der Erträge aus der Tabaksteuer (plus 39%). Die bedeutend gestiegenen Umsätze von Tabakwaren sind eine Folge der Ende Juni neuerlich herabgesetzten Preise für Zigaretten, Zigarren und Rauchtobak. Die um 71% erhöhten Eingänge aus der Biersteuer (einschließlich Aufbauschlag) hängen ausschließlich mit der Erhöhung des Aufbauschlages zur Biersteuer (mit Wirkung vom 8. Juli) zusammen. Der Umsatz an Bier ist offenbar sogar zurückgegangen, denn bei gleichbleibendem Absatz hätte sich das Steueraufkommen annähernd verdoppeln müssen. Es ist jedoch zu erwarten, daß mit dem Ausschank des zwölfgrädigen Bieres in der zweiten Septemberhälfte der Bierkonsum wieder steigen wird.

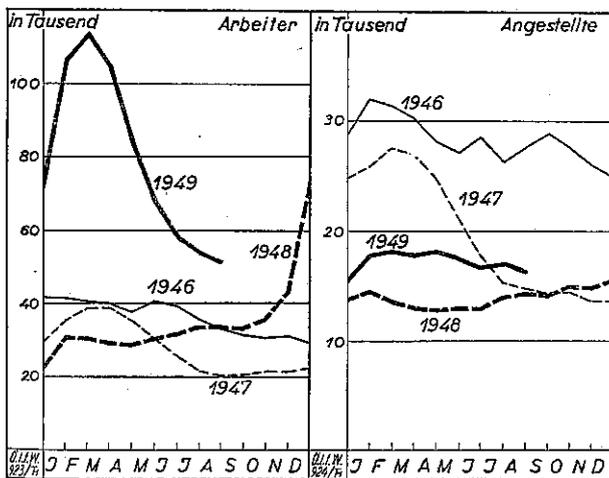
Arbeitslage

Dazu statistische Übersichten S. 380—384

Wie in den vorangegangenen Monaten nahm auch im August die *Zahl der Beschäftigten* zu (um rund 11.000) und erreichte mit 1.954.845 einen neuen Höhepunkt. Der hohe Beschäftigtenstand ist vor allem der starken Belegung der Bautätigkeit zu danken; 45% aller im August durch die Arbeitsämter vermittelten Stellen entfielen auf Bau- und Hilfsarbeiter. Die gegenwärtige Beschäftigungsstruktur birgt jedoch die Gefahr, daß mit Eintritt der schlechten Jahreszeit unverhältnismäßig viele Arbeitskräfte freigesetzt werden. Um der drohenden Massenarbeitslosigkeit vorzubeugen, schiene es zweckmäßig, bereits jetzt Arbeitsmöglichkeiten für den Winter vorzusehen, z. B. alle Bauarbeiten (und ähnliche Tätigkeiten), die auch während der Wintermonate geleistet werden können, zunächst zurückzustellen.

In der Landwirtschaft setzte der saisonmäßige Rückgang der Beschäftigung heuer bereits im August ein. (Im vergangenen Jahre war dies erst im September der Fall.) Mit 250.700 Krankenversicherten war die Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitskräfte um 13.700 geringer als im August 1948. Diese Entwicklung steht mit der Abwanderung der DPs in engem Zusammenhang. In der österreichischen Landwirtschaft ist eine verhältnismäßig große Zahl von DPs beschäftigt (zur Zeit der Beschäftigtenzählung im März 1948 waren es 62.525). Gerade diese Arbeitskräfte werden aber in den bevölkerungsarmen überseeischen Ländern gerne aufgenommen. (Gegenwärtig verlassen allein mit Hilfe der Internationalen Flüchtlingsorganisation [IRO] ungefähr 4.500 DPs pro Monat österreichisches Gebiet.)

Vorgemerkte stellensuchende Arbeiter und Angestellte in Österreich seit 1. Jänner 1946
(Normaler Maßstab; 1000 vorgemerkte Stellensuchende)



Die beiden Bilder beziehen sich auf die vorgemerkten stellensuchenden Arbeiter und Angestellten in der gewerblichen Wirtschaft (Bergbau, Industrie, Handwerk, Handel usw., einschließlich Hilfsarbeiter und Bauarbeiter, ohne Hausgehilfen und verwandte Berufe).

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit seit Kriegsende zeigt bei den Arbeitern und Angestellten stark verschiedene Züge. Während die Arbeitslosigkeit unter den Angestellten unmittelbar nach Kriegsende außerordentlich hoch war und erst im Laufe des Jahres 1947 durch Umschulungen und berufliche Umschichtungen stark zurückging, war die Zahl der arbeitslosen Arbeiter in den ersten Nachkriegsjahren verhältnismäßig sehr gering; erst im Winter 1948/49 schnellte die Arbeitslosenziffer der Arbeiter weit über die Hunderttausender-Grenze hinaus. Seither hat die Arbeitslosigkeit unter den Arbeitern zwar wieder stark abgenommen, ohne jedoch auf das niedere Niveau der vergangenen Jahre zu sinken. Die Arbeitslosigkeit der Angestellten unterliegt — der Natur der Angestelltentätigkeit entsprechend — nur geringen Saisonschwankungen.

Die Zahl der vorgemerkten *Stellensuchenden* ist im August um 2.789 auf 73.422 zurückgegangen. Sie ist damit auf 53% ihres Höchststandes im Februar gesunken. Bemerkenswerterweise ist die Zahl der Stellensuchenden in Wien nur auf 87% des Februarstandes gefallen und seit Mai fast unverändert geblieben. (Gegenwärtig sind in Wien rund 33.000 Menschen, das sind 6,3% der bei der Wiener Gebietskrankenkasse Versicherten, stellensuchend.) Der geringere Rückgang der Arbeitslosigkeit in Wien ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Landwirtschaft während der Sommermonate praktisch nur in den Bundesländern Arbeitskräfte absorbiert¹⁾. Außerdem dürfte in den Bundesländern mehr gebaut worden sein als in Wien. Jedenfalls ist der Anteil Wiens an den Stellensuchenden Österreichs von 33,3% im Jahre 1948 (Jänner bis August) auf 35,6% im Jahre 1949 gestiegen. (Vor dem Kriege entfiel auf Wien ungefähr die Hälfte aller Stellensuchenden.)

Verkehr

Dazu statistische Übersichten S. 385—386

Im Juli haben die Bundesbahnen im *Güterverkehr* mit 491,1 Mill. Nutzlast-Tonnen-Kilometer um 7,2 Mill. t/km weniger bewältigt als im Vormonat; die Wagengestellungen je Arbeitstag gingen von 4.759 auf 4.614 zurück. Das Transportaufkommen war sowohl im Binnenverkehr als auch im Transitverkehr geringer.

Im *Transitverkehr* hielt die seit Monaten sinkende Tendenz an. Die geleisteten Netto-Tonnen-Kilometer gingen von 103.698 im Juni auf 80.556 im Juli zurück. In der gleichen Zeit sanken die Einnahmen von 6,2 Mill. auf 5,4 Mill. Schweizer Franken. Der Transit von Kohle sank von Mai bis Juli fast auf ein Drittel.

Entwicklung des Transitverkehrs

	Insgesamt		Kohle	And. Güter	Netto-t-km
	1948	1949	1949	1949	
Mai . . .	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Juni . . .	108,4	74,7	53,7	84,7	72,0
Juli . . .	102,4	64,4	35,4	78,7	56,0

Ausschlaggebend für diese Entwicklung war die starke Verminderung des Transits von Polen und CSR nach Italien und Jugoslawien. Die Ost-West-Durchfuhr blieb hingegen auf nahezu gleicher Höhe. Nahrungsmittel (Rinder und Getreide) aus Ungarn nach Deutschland, Benelux und England, und in

¹⁾ Vorarlberg, dessen Beschäftigungsstruktur ebenfalls durch die geringe Bedeutung der Landwirtschaft gekennzeichnet ist, weist eine ähnliche Entwicklung wie Wien auf.

umgekehrter Richtung Maschinen, Fahrzeuge und Rohstoffe, bildeten die Hauptposten. Der westösterreichische Nord-Süd-Transit dürfte durch den deutsch-italienischen Verbandstarif in den kommenden Monaten an Bedeutung verlieren. Die voraussichtliche Bevorzugung des Schweizer Leitungsweges hängt teils mit der Verlagerung des wirtschaftlichen Schwergewichtes nach Westdeutschland, teils mit der günstigeren Reexpeditionsmöglichkeit über den schweizerisch-italienischen Gemeinschafts- und Grenzbahnhof Chiasso zusammen.

Im *Personenverkehr* führte die verbesserte Fahrplangestaltung (neue Schnellzugspaare und günstigere Anschlußmöglichkeit) im internationalen Fernreiseverkehr zu einer höheren Frequenz. Die Leistung stieg von Juni bis Juli von 51·8 Mill. auf 56·1 Mill. Nutzlast-Tonnen-Kilometer. Dagegen wurden im Juli um 64.000 Fahrkarten (5·627 Mill.) weniger verkauft als im Vormonat, obwohl saisongemäß (Urlaube) ein erhöhter Reiseverkehr zu erwarten war. Die Erhöhung der Fahrpreise scheint sich vor allem im Wochenend-Nahverkehr auszuwirken.

Die *Einnahmen* der Bundesbahnen betragen im Juli 158·8 Mill. S. Sie sind trotz dem verminderten Verkehrsaufkommen gegenüber dem Vormonat um 22·6 Mill. S und gegenüber Mai um 40·2 Mill. S oder rund 34% gestiegen. Da gleichzeitig aber die *Ausgaben* stärker stiegen (von Mai bis Juli um 70·1 Mill. S), hat sich die Erfolgsbilanz der Bundesbahnen weiter verschlechtert.

Der *Donauschiffsverkehr* (Linz bis Regensburg) erreichte in der Talfahrt im Monat August mit 90.798 t (Vormonat 80.414) die bisher höchste Leistung seit Kriegsende. Die Bergfahrt ging allerdings von 18.131 t auf 990 t zurück, so daß die Verkehrsleistung vom Juli nicht mehr erreicht wurde. Nach den bisherigen Meldungen liegen auch für die nächsten Monate keine Rückfrachtabschlüsse vor. Die Roheisenexporte der VOEST werden über Triest geleitet.

Die zunehmende Bedeutung des gewerblichen *Straßenverkehrs* wirft auch auf internationaler Ebene schwierige Probleme auf (hinsichtlich Tarife, Verkehrsbedingungen, Versicherungen, Straßenbenützung usw.), die am besten durch nationale Spitzenverbände gelöst werden. Durch die am 16. Juli 1949 gegründete „Österreichische Union des Internationalen Straßenverkehrs“ (ÖSTRA) besitzt nun auch Österreich eine repräsentative Organisation, die die Interessen des kommerziellen Straßenverkehrs mit Kraftfahrzeugen auf internationalen Konferenzen — wie der gegenwärtig in Genf tagenden Weltkonferenz für

den Straßenverkehr — vertritt. Die ÖSTRA wird auch als österreichische Mitgliedsorganisation der IRU (International Road Union, gegründet am 23. März 1948) fungieren.

Reexpeditionsgeschäft und Transittarife.

Das Reexpeditionsgeschäft¹⁾ war in der Vorkriegszeit, insbesondere bis zu Beginn der Dreißigerjahre, eine nicht unwesentliche Aktivpost in der österreichischen Dienstleistungsbilanz. Angesichts unserer Zahlungsnöte ist es daher naheliegend, sich wieder dieser Devisen zu erinnern.

Österreich ist durch seine geographische Lage für die Reexpeditionstätigkeit prädestiniert. Voraussetzung für eine Wiederbelebung und einen Ausbau — hiervon werden auch die Freihandelszonen betroffen — sind jedoch Transittarife und Transitbestimmungen, die dem ausländischen Verfrächter einen Anreiz bieten, den österreichischen Reexpediteur zu beanspruchen. Andernfalls gehen die Sendungen ohne Unterbrechung durch Österreich und werden in einem der Nachbarländer reexpediert.

Tarifarisch wird die Begünstigung der Reexpedition dadurch erreicht, daß die gebrochene Durchfuhr frachtkostenmäßig nicht ungünstiger gestellt wird als die ungebrochene²⁾. Außerdem kann im Rahmen internationaler Verbandstarife, deren Leitungswege über Österreich führen, auf eine Förderung des Reexpeditionsgeschäftes Bedacht genommen werden, indem Vereinbarungen über ungebrochenen Transit durch Österreich möglichst verhindert werden. Schließlich kann der Reexpeditionsverkehr durch Zugeständnisse hinsichtlich der Unterbrechungsdauer der Transitsendung, vorzunehmender Manipulationen an der Fracht und durch Einbeziehung aller relevanten Bahnstationen in den

¹⁾ Die Reexpeditionstätigkeit (Frachtunterbrechung des Transitgutes und Neuaufgabe durch einen österreichischen Spediteur) wird von ausländischen Verfrächtern aus verschiedenen Gründen in Anspruch genommen. So ist z. B. bei der Frachtaufgabe oft der endgültige Bestimmungsort noch nicht bekannt; der ausländische Frachtempfänger, z. B. in der Schweiz, wünscht Ware aus verschiedenen Südostländern in einer Sammelladung zusammengestellt zu haben; der Warenbezug soll hinsichtlich des Herkunftslandes verschleiert werden, was dann durch einen österreichischen Spediteur durchgeführt wird; der Reexpediteur übernimmt die Verteilung einer Sammelladung, z. B. ab Wien nach verschiedenen Südostländern, usw.

²⁾ Dies ist dann der Fall, wenn die Frachtberechnung nicht nach den beiden Teilstrecken (Grenzeintrittsbahnhof bis Reexpediteur und Neuaufgabebahnhof bis Grenzaustrittsbahnhof) gesondert erfolgt, sondern die Summe der Teilstrecken zugrunde gelegt wird. Der Verfrächter kommt dann in den Genuß der niedrigeren Frachtsätze für weite Entfernungen (Entfernungsstaffel).

Wirkungsbereich dieses Ausnahmetarifs¹⁾ gefördert werden.

Die Bundesbahnen haben in der Vorkriegszeit durch weit ausgebaut und verfeinerte Tarifbestimmungen diesem internationalen Zwischenhandel weitgehend Rechnung getragen. Seit Kriegsende jedoch haben die Bundesbahnen, vermutlich infolge der geringen Intensität des Ost-West-Handels und der ziemlich verworrenen Zustände im internationalen Eisenbahnwesen, für die Reexpedition nur geringes Interesse und wenig Verständnis gezeigt. Bezeichnend hierfür war eine Verlautbarung vom 1. Juli 1949, die mit Wirkung vom 30. September 1949 den im Jahre 1947 eingeführten Ausnahmetarif für gebrochene Durchfahren (sogenannten Drehscheibentarif) aufhob. Damit wäre die österreichische Reexpedition gegenüber den Nachbarstaaten schwer benachteiligt worden. Erst über Intervention der Verfrächter und der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft wurde diese Verfügung rückgängig gemacht und der „Drehscheibentarif“ sogar verbessert.

Der neue Tarif²⁾ kommt der Reexpedition durch eine Verlängerung der Unterbrechungsdauer entgegen. Die Begünstigung wird nicht mehr auf 48 Stunden beschränkt, sondern bis zu 120 Stunden ausgedehnt, allerdings bei sinkenden Frachtausgleichssätzen³⁾.

Aber auch durch diese Verbesserung wird Österreich seine frühere Stellung im Zwischenhandelsgeschäft nicht zurückgewinnen können. Dazu wird es viel größerer Anstrengungen bedürfen. Die ausländischen Verfrächter werden Österreich nur dann als „Drehscheibe“ benützen, wenn ihnen auf österreichischem Boden genügend Zeit gelassen wird, die Transitgüter zu neuen und tarifarisch begünstigten Sammelladungen zusammenzustellen. Die Möglichkeit, die Güter am Reexpeditionsort längere Zeit zu lagern, war vor dem Kriege gegeben. Auch die späteren Reichsbahntarife gestatteten, ohne Staffelung der Frachtausgleichssätze, die Güter erst

nach 30 Tagen weiterzuleiten und die Waggonladungen je nach dem Wunsch des ausländischen Interessenten neu zu formieren⁴⁾. Nach den jetzt geltenden Bestimmungen muß die Weiterleitung innerhalb von fünf Tagen erfolgen, wobei jede Veränderung der Wagenladung untersagt ist. Damit gehen aber gerade die entscheidenden Manipulationsmöglichkeiten verloren.

Hemmend auf den Transit-Dienstleistungsverkehr wirkt auch die Bestimmung der Bundesbahnen, daß nur jene Transitgüter, die per Bahn nach Österreich kommen, die Verbilligung des Durchfuhrtarifes genießen. Diese Einschränkung⁵⁾ wirkt sich besonders im ost-westlichen Durchlauf nachteilig aus, weil gerade in dieser Richtung Güter häufig per Schiff oder Lastkraftwagen nach Wien kommen, um hier umgeladen zu werden. Die Folge ist eine Verlagerung der Reexpedition von Wien nach Bratislava, von wo die Fracht als Transitgut weiter befördert wird. Dadurch geht für Österreich nicht nur das Zwischenhandelsgeschäft verloren; es wird auch eine für den Wiener Hafen gefährliche Konkurrenz gefördert.

Die *Tiroler Reexpedition* leidet darunter, daß es bis jetzt noch nicht gelang, den Bahnhof Kufstein wieder wie vor 1938 zum deutsch-österreichischen Gemeinschaftsbahnhof⁶⁾ zu erklären. Der gegenwärtige Charakter als Betriebs-Wechselbahnhof (Einsatz deutscher Triebfahrzeuge) verlegt den Tarifschnitt auf die nur einige Kilometer entfernte Grenze und erfordert für diese kurze Teilstrecke eine gesonderte Frachtberechnung mit entsprechend hohen Sätzen.

Die günstige Entwicklung des reinen Transitverkehrs darf über die Gefährdung des Dienstleistungsverkehres im internationalen Zwischenhandel nicht hinwegtäuschen. Die für Österreich äußerst günstigen natürlichen und traditionellen Voraussetzungen erfordern vielmehr eine Tarifpolitik, die eine restlose Ausschöpfung aller vorhandenen Möglichkeiten gestattet. Den verkehrsgeographischen

¹⁾ Die Reexpedition zu durchlaufenden Transitsätzen (sog. Durchrechnung) ist nur von bestimmten Bahnstationen aus gestattet; vor allem anderen wird die Fracht nach Teilstrecken berechnet.

²⁾ Nähere Einzelheiten siehe Zeitschrift „Verkehr“ Nr. 37 v. 15. September 1949, S. 871.

³⁾ Im alten Tarif mußte die Weiterleitung innerhalb 48 Stunden erfolgen, um in den Genuß der Durchrechnung zu kommen. Nach dem neuen Tarif wird der Frachtausgleich innerhalb von 24 Stunden zu 100%, von 48 Stunden zu 80%, von 72 Stunden zu 60%, von 96 Stunden zu 40% und von 120 Stunden zu 20% gewährt. Erst nach fünf-tägiger Lagerung muß die Fracht nach den getrennten Teilstrecken berechnet werden.

⁴⁾ Dank diesen Begünstigungen entwickelte sich bis 1938 eine lebhafte Umschlagstätigkeit vor allem in Wien, das durch die günstigen Tarifbestimmungen zum Zentrum des Reexpeditionsverkehrs im Ost-West-Transit wurde. Auch die Deutsche Reichsbahn hat durch Einführung spezieller Ausnahmetarife (24 B, 10 und 11) dieser Bedeutung Wiens und Österreichs Rechnung getragen. Sammelladungen, die über Buchs, Passau, Tarvis nach Osten rollten, wurden in Wien oder Rosenbach und Spielfeld gelagert, neu zusammengestellt und nach den Bestimmungsländern weiter verfrachtet.

⁵⁾ Mit Wirkung vom 1. Juni 1949.

⁶⁾ Kufstein war dadurch Grenzbahnhof (Tarifschnitt), d. h. die Weiterbeförderung des Reexpeditionsgutes konnte zu deutschen Tarifsätzen erfolgen.

Charakter des Landes als „Drehscheibe“ nicht in jeder denkbaren Richtung auszunützen, bedeutet einen unnötigen Verzicht auf Deviseneingang sowie auf alle damit verbundenen Beschäftigungsmöglichkeiten. Trotz den wenig vorteilhaften Tarifbestimmungen wurden 1948 bereits wieder 30.000 Waggons reexpediert, denen allein für die Manipulationsgebühr des Spediteurs ein Devisenanfall von durchschnittlich 3 Dollar je Waggon entspricht. Die bei der Nationalbank eingelaufenen Devisen beliefen sich aus diesen Geschäften (einschließlich Fracht) im Jahre 1948 auf 8·2 Mill. und im ersten Halbjahr 1949 auf 4·5 Mill. Schweizer Franken.

Reexpedierete Waggons

	1948 in Stück	Jänner—Juli 1949 in Stück
Gesamt	29.614	19.775
davon:		
Wien	16.224	10.460
Tirol	11.361	7.285

Der allmählich anlaufende Ost-Westverkehr und der starke Nord-Süd-Transit eröffnen nicht nur neue Möglichkeiten, sondern verschärfen auch die Konkurrenz. Sowohl im Zusammenhang mit den beabsichtigten Zollfreizonen als auch im Interesse des österreichischen Zwischenhandels und des reinen Transits erschiene eine Überprüfung der bisherigen Tarifpolitik hinsichtlich des Reexpeditionsverkehrs wünschenswert.

Außenhandel

Dazu statistische Übersichten S. 387—388

Im Juli ging sowohl die Einfuhr als auch die Ausfuhr um je rund 30 Mill. S zurück. (Die Einfuhr um 29·4 Mill. S, die Ausfuhr um 33·3 Mill. S.) In beiden Fällen war dieser augenfällige Rückgang — abgesehen von einer saisonbedingten Abschwächung — auf besondere Faktoren zurückzuführen.

Bei der *Einfuhr* führte die Erschöpfung der Ziehungsrechte aus dem ersten Marshallplanjahr zu einem Rückgang. Im übrigen hielten sich die Importe mit 363 Mill. S auf dem bisher erreichten Niveau.

Der absolut und relativ größere Rückgang der *Ausfuhr* auf 255·6 Mill. S ist ausschließlich auf die außerordentliche Verminderung der Ausfuhr nach Italien um 46·7 Mill. S — von 74·7 Mill. S auf 28 Mill. S — zurückzuführen, wobei der Rückgang der HolzAusfuhr um 30·4 Mill. S den Ausschlag gab. Da die Geschäfte aus dem alten Italienvertrag bis Ende Juni abgewickelt sein mußten, hatte sich die Ausfuhr im Vormonat abnormal gestaut. (Die Aus-

fuhr nach Italien lag im Juni um 20 Mill. S über dem Durchschnitt der vorangegangenen fünf Monate.) Dies erklärt die Schrumpfung der Ausfuhr auf den schlechtesten Stand seit August vorigen Jahres allerdings nur teilweise. Es muß weiters berücksichtigt werden, daß die komplizierte Form des Kompensationsvertrages mit Italien und seine Verquickung mit der Bezahlung der Triester Hafengebühren jede einzelne Transaktion sehr erschwert und vielfach den Abschluß von Geschäften verhindert. Dieser Umstand sowie die leichteren Absatzmöglichkeiten auf dem Inlandsmarkt infolge der starken Belegung der Bautätigkeit beeinträchtigen naturgemäß den Export. Nicht zuletzt macht sich im Italiengeschäft auch die wachsende Konkurrenz des jugoslawischen Holzes fühlbar.

Wiewohl also saisonmäßige und besondere Faktoren dafür sprechen, dem Rückschlag im Juli nicht übertriebene Bedeutung beizumessen, so müssen doch die Ausmaße der letzten Schwankungen und die Tatsache, daß bereits im Juni ein leichter Rückgang zu verzeichnen war, als Symptome für die äußerst labile Grundlage der Kompensationsgeschäfte gewertet werden. Verschiedene Überlegungen sprechen dafür, daß die günstige Entwicklung des Exportes in den vergangenen Monaten zumindest vorläufig ein Ende erreicht hat¹⁾. Vor allem ist zu bedenken, daß die Juliziffern noch gar nicht die preissteigernden und exporthemmenden Wirkungen des dritten Preis-Lohn-Abkommens widerspiegeln, und daß die jüngsten Währungsabwertungen neue Umstellungs- und Konkurrenzschwierigkeiten auf verschiedenen Märkten mit sich bringen werden. Als positiver Faktor kann allerdings die wieder stärker auflebende Handelsvertragstätigkeit ins Treffen geführt werden, die nicht nur die Kontingentlisten der alten Verträge erweitern, sondern in absehbarer Zeit auch neue Verträge mit Südamerika, Rumänien und Griechenland unter Dach bringen dürfte.

Ein Abflauen der Aufwärtsentwicklung des Exportes bereits im gegenwärtigen Zeitpunkt hätte für die österreichische Wirtschaft schwerwiegende Folgen. Nicht nur weil das Ausfuhrvolumen selbst in dem gut abschneidenden zweiten Quartal 1949 noch nicht einmal drei Viertel des Volumens von 1937 erreicht hat; die vorläufige Pariser Bekanntmachung

¹⁾ Von den 16 Jahren 1924 bis 1937 und 1947 bis 1948 verzeichneten zwölf einen Rückgang der Juliausfuhr gegenüber dem Juni. Greifen wir jedoch jene acht Jahre heraus, in denen die Ausfuhr eine steigende Tendenz aufwies (1924, 1927, 1933, 1935/37, 1947/48), so zeigt es sich, daß in vier davon das Julieresultat über dem Juni lag und daß nur in einem Fall, im Jahre 1924, der Rückschlag ähnliche Bedeutung erreichte wie heuer.

über die Aufteilung der (gekürzten) ERP-Beträge für das zweite Marshalljahr zeigt auch, daß Österreich, so wie die anderen Marshallstaaten, mit einer geringeren Hilfe rechnen muß. Der österreichische Anteil wurde von 280·5 Mill. Dollar im ersten Marshalljahr auf 257·2 Mill. Dollar gekürzt. (Davon sind 174·1 Mill. Dollar direkte ERP-Beträge, während die Nettosumme der Ziehungsrechte — aktive Ziehungsrechte minus passive Ziehungsrechte — 83·1 Mill. Dollar ausmacht¹⁾.) Der Ausfall von 233 Mill. S bedeutet, daß Österreich von Juli 1949 bis Juni 1950, allein um sein gegenwärtiges, für die Erhaltung der Vollbeschäftigung erforderliches Einfuhrvolumen aufrechtzuerhalten, seine derzeitige Ausfuhr (Durchschnitt Jänner bis Juli 1949) um rund 7% vergrößern müßte²⁾.

Der *Quantumindex des Außenhandels* für das zweite Vierteljahr 1949 zeigt gegenüber dem vorherigen Vierteljahr eine Zunahme des Ausfuhrvolumens um 8% auf 73·1% des Standes von 1937, und eine Vergrößerung des Einfuhrvolumens um 20% auf 75·2% des Vorkriegsstandes. Die Steigerung des Einfuhrvolumens ist, wie bereits früher erwähnt wurde, vor allem auf die starke Ausnützung der ERP-Ziehungsrechte zurückzuführen, wobei sich die Einkäufe besonders auf die Fertige-

warengruppe (und hier besonders auf Textilien) konzentriert zu haben scheinen, deren Volumen sprunghaft von 85% auf 111% des Vorkriegsniveaus hinaufschmolte. Erfreulich ist das Ansteigen des Volumens der Nahrungsmiteleinfuhr von 23% auf 36%, das zwar zum Teil auf erhöhte Kaffee- und Obstimporte, zum Teil aber auch auf die verstärkte Zufuhr hochwertiger Nahrungsmittel, wie Zucker und Fette, zurückzuführen ist und, zusammen mit der besseren Ernte des heurigen Jahres, die Konturen einer selbständigen Ernährungspolitik erkennen läßt.

Die divergente Preisentwicklung in Österreich und im Ausland — Steigen verschiedener Schlüsselpreise in Österreich, sinkende Preistendenz auf dem Weltmarkt — macht sich auch in den Preisindizes des Außenhandels bemerkbar. Die Indizes der österreichischen Ein- und Ausfuhrpreise, die lange Zeit weit auseinanderklafften, haben sich wieder weitgehend angeglichen. Bei einem Einfuhrpreisindex von 392 und einem Ausfuhrpreisindex von 377 (1937 = 100) sind die Austauschverhältnisse im österreichischen Außenhandel im wesentlichen wieder ähnlich wie vor dem Kriege. Durch die neue Abwertungswelle könnten sich allerdings wieder merkliche Verschiebungen ergeben.

¹⁾ Die Kürzung der ERP-Hilfe erfordert auch eine Neugestaltung des jüngst abgeschlossenen Warenaustauschvertrages mit der deutschen Trizone (siehe Monatsberichte Nr. 8/1949, S. 316). Dieser war auf der Annahme österreichischer Ziehungsrechte gegenüber Westdeutschland von 78 Mill. Dollar aufgebaut. Tatsächlich wurden aber in dem Pariser Plan Österreich nur 50 Mill. Dollar eingeräumt. Das wird eine Einschränkung der vorgesehenen Einfuhren aus Deutschland oder eine Ausdehnung der österreichischen Exporte nach Deutschland oder wahrscheinlich beides nötig machen.

²⁾ Diese Feststellung beruht auf der Annahme, daß die Austauschverhältnisse im internationalen Handelsverkehr für Österreich unverändert bleiben und daß sich auch der Ertrag der sonstigen Posten der Zahlungsbilanz nicht ändern. Eine gewisse Steigerung der Ausfuhr ist selbst bei einer Beendigung der aufwärts gerichteten Tendenz dadurch zu erwarten, daß das zweite Halbjahr saisonmäßig immer besser abschneidet als das erste. Die erforderliche Ausfuhrsteigerung zur Erhaltung des gegenwärtigen Einfuhrvolumens wird daher, auf das ganze Jahr berechnet, weniger als 7% betragen.

Der handelsstatistisch erfaßte Außenhandel Österreichs

Art	Quartaldurchschnitt		1949	
	1947	1948	1. Quartal	2. Quartal
	Quantumindex ¹⁾		Ø 1937 = 100	
Ausfuhr				
Lebende Tiere und Nahrungsmittel . . .	13·8	16·7	14·2	13·5
Rohstoffe	21·4	50·8	84·4	86·3
Fertigwaren	29·6	54·2	63·6	70·9
Insgesamt	26·5	51·6	67·7	73·1
Einfuhr				
Lebende Tiere und Nahrungsmittel . . .	8·5	16·8	23·0	36·0
Rohstoffe	35·3	58·6	73·7	75·9
Fertigwaren	23·2	54·9	84·9	111·3
Insgesamt	24·3	45·9	62·9	75·2
Preisindex (1937 = 100)				
Ausfuhrpreise	254	314	362	377
Einfuhrpreise	335	391	494	392
Austauschverhältnis ²⁾	76	80	90	96

¹⁾ Siehe S. 387, Anmerkung 3, und Beilage Nr. 6 (zum Monatsbericht Nr. 2, 1948), S. 4 ff. — ²⁾ Ausfuhrpreise: Einfuhrpreise.